2	Haushalt 2014 - Ermächtigungsübertragungen	Drucksache Nr. BV/017/14
----------	---	------------------------------------

Der Kämmerer beantwortet offene Fragen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Ermächtigungsübertragungen aus Mitteln des Haushaltsjahres 2013 in Höhe von 223.754,36 € für die Ergebnisrechnung und in Höhe von 767.572,69 € für die Finanzrechnung nach 2014 zu beschließen.</p>	

3	Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei in der Gemeinde Marienheide (Benutzungs- und Gebührenordnung) vom 30.04.2008	Drucksache Nr. BV/009/14
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
<p>Die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Benutzung der Gemeindebücherei in der Gemeinde Marienheide (Benutzungs- und Gebührenordnung) vom 30.04.2008 wird beschlossen.</p>	

4	Situation der Unterbringung der zugewiesenen Asylbewerber in Marienheide; Schaffung von gemeindeeigenen Unterbringungsmöglichkeiten	Drucksache Nr. BV/015/14 /1
----------	--	---

Verwaltungsseitig wird von der Wohnraumsuche der letzten Wochen berichtet. Bürgermeister Töpfer teilt mit, dass die Baugenossenschaft über ungenutzten Wohnraum verfügt, diesen aber für diesen Zweck nicht zur Verfügung stellen möchte. Nach der Beratung im Sozial- und Kulturausschuss wurden seitens der Verwaltung allen Ratsmitgliedern auf Bitten von RM Köster weitere Zahlen (Immobilienwert, Betriebskosten usw.) zur Verfügung gestellt. RM Köster wünscht dennoch bis zum Rat um weitere Wirtschaftlichkeitsvergleiche über einen Mehrjahreszeitraum. Der Ausschuss diskutiert ausführlich über den Verwaltungsvorschlag sowie über evtl. Alternativen. Offene Fragen werden seitens der Verwaltung beantwortet. Nach eingehender Beratung favorisiert der Ausschuss den Vorschlag der Verwaltung.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
<p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Umbau des Verwaltungsnebengebäudes (Rathaus-Nebengebäude) in eine Unterkunft zur Unterbringung von Asylbewerbern zu beschließen.</p> <p>Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe von 152.000 € erfolgt durch Mehreinnahmen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz in 2014 (für 2012) in Höhe von 90.000 €, durch Reduzierung des für 2014 vorgesehenen Ansatzes für Brandschutzmaßnahmen GGS Müllenbach von 75.000 € auf 40.000 € (Verschiebung nach 2015) in Höhe von 35.000 € sowie Einsparungen bei Zinsaufwendungen in Höhe von 27.000 € (Gesamtsumme 152.000 €).</p>	

5	Mitteilungen und Verschiedenes	
----------	---------------------------------------	--

Ratssitzung am 13.05.2014

Bürgermeister Töpfer informiert den Ausschuss über den geplanten Abschluss im Anschluss an die letzte Ratssitzung am 13.05.2014. Weitere Informationen folgen.

Neuaufstellung des B Nr. 46 „Wernscheid-Linge“

Der Bebauungsplan Nr. 46 „Wernscheid-Linge“ erlangte am 28.03.1990 Rechtskraft. Ziel des Planes ist die Sicherstellung der städtebaulichen Ordnung im östlichen Raum der Lingese-Talsperre. Er beinhaltet unter anderem Umgehungsstraßen für die Ortschaften Linge und Wernscheid. Hiermit verbunden ist die Schaffung entsprechender Infrastruktur für den Erholungsschwerpunkt des Talsperrenraumes durch die Ausweisung einiger Parkplätze, Fußwege usw. Dieses geschah in Zeiten als es noch erhebliche Fördermittel für die die Sanierung von Talsperren gab. Deswegen sieht der Plan nicht nur die besagten Umgehungsstraßen sondern auch eine umfangreiche Ertüchtigung und Ergänzung des bestehenden kommunalen Straßensystems vor. Nach über zwei Jahrzehnten sind die betreffenden Entwicklungsziele jedoch nicht mehr aktuell. Die Ortsumgehung Linge führt durch den Stauraum der Talsperre und dürfte in Anbetracht des Natur- und Artenschutzes keine Realisierungschancen haben. Ähnliches gilt für die Ortsumgehung Wernscheid, allerdings in reduzierter Form. Deswegen macht es Sinn, den Bauleitplan fortzuschreiben. Auch weil die Festsetzungen dieses Planes, insbesondere die Umgehungsstraßen, private Bau- und Modernisierungsabsichten be- bzw. verhindern. Derzeit liegen zwei Anträge auf Änderung des Planes vor. Hinzu kommt, dass die Neutrassierung der Landesstraße 97 um den Ort Linge herum, das Ziel hatte, einen leistungsfähigen Ausbau zu erhalten, weil diese Straße, obwohl es sich um eine Landesstraße handelt, wegen der Enge im Ort, für LKWs gesperrt ist. Durch den Ausbau der parallel verlaufenden kommunalen Verkehrsachse (Klosterstraße) ist auch dieses Ziel nicht mehr aktuell. Hinsichtlich dieses Sachverhaltes macht es zukünftig Sinn, durch entsprechende Umstufungen des Straßensystems, zu einer Verlagerung der L 97 zu kommen.

Wegen des letzteren Sachverhaltes, aber insbesondere der Tatsache, dass die Änderung oder Neuaufstellung des Bebauungsplanes einen erheblichen Mitteleinsatz der Gemeinde erfordert, sind vor der Einleitung einer Fortschreibung des Bebauungsplanes die entsprechenden Kosten für Vermessung, Planung und die erforderlichen Fachbeiträge (Natur- und Landschaftsschutz, Artenschutz, Wasserwirtschaft) in die Haushaltsplanung einzustellen. Da es sich um geschätzte Kosten von 60.000,- bis 80.000,- € handeln dürfte, ist eine solche Planungsabsicht im Verhältnis zu anderen dringlich anstehenden Planungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Sanierungsplanes für die kommunalen Finanzen zu sehen.

Aus diesem Grund ist der Ausschuss der Auffassung, dass diese Thematik wegen der finanzwirtschaftlichen Auswirkungen im Zusammenhang mit den nächsten Haushaltsplanberatungen diskutiert werden soll. Erst danach soll die eigentliche Sacharbeit im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss erfolgen.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Uwe Töpfer
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde